

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen.
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

1. März 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297

und
gefin
offi
idr

Westarp-Partei der Kaisertreuen.

Konservative Kampfanzeige gegen Deutschnationale und Rechtsregierung.

In dem Organ des Führers der Deutschnationalen, Grafen Westarp, nämlich in der „Kreuzzeitung“, finden wir heute früh eine Entschliebung abgedruckt, die der weitere Vorstand der Deutschnationalen Partei unter Vorsitz des Grafen Seidlich-Sandrczyl „nach eingehender Aussprache einmütig gefaßt hat:

Die Konservativen stehen

in unbeeinträchtiger Treue zum monarchischen Gedanken und zum angestammten Herrscherhause. Wir bekennen den Willen zur Befreiung und zu einer Außenpolitik, die durch Würde sich Achtung gewinnt.

Die Deutschkonservative Partei hat sich bei ihrer selbstlosen Mitarbeit in der Deutschnationalen Volkspartei volle Selbstständigkeit ausdrücklich gewahrt.

Sie fordert die konservativen Kreise, aus denen in diesen Tagen zahlreiche dankenswerte Kundgebungen eingegangen sind, auf, im Hauptverein der Deutschkonservativen in Berlin und seinen Zweigvereinen in den Provinzen das Machtmittel zu schaffen, um bei kommenden Wahlen unsere Forderungen zur Geltung zu bringen.

Die Stunde verlangt nach konservativen Kräften; sie soll uns wachsam finden und bereit.

Unverändert wie unsere Ideale und Grundzüge bleibt unsere Parole:

Mit Gott für König und Vaterland!
Mit Gott für Kaiser und Reich!

Diese Erklärung ist ein offenes Pronunziament gegen die monarchistischen Deutschnationalen, die um der

Ministerliste willen sich zum Schutz der republikanischen Verfassung und ihrer Symbole verpflichtet, also einen Knoten vor dem stärkeren republikanischen Gedanken vollzogen haben.

Sie ist eine Kampfanzeige sowohl gegen die Deutschnationalen, wie gegen die durch die Marx-Regierung offiziell vertretene Politik, die auf die von den Deutschnationalen geschluckten „Richtlinien“ aufgebaut ist.

Die Deutschkonservativen sind zwar versteinerte Ueberbleibsel aus einer vergangenen Zeit. Aber sie sind gleichzeitig als Sondergruppe ein Teil der Deutschnationalen Partei!

Ihr offizieller Führer war bis vor kurzem der Graf Westarp, der Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Kreuzzeitung“ und — der Deutschnationalen Partei ist! Einer der ständigen Mitarbeiter desselben Blattes, in dem der Kampfruf der Konservativen erscheint.

Die Deutschkonservativen kündigen offen den Zellaufbau im Deutschnationalen Lager an!

Preisfrage: Wie steht der Führer der stärksten Regierungspartei, wie steht Graf Westarp zu der Proklamation der Konservativen, deren Führer er war, deren Mitglied er heute noch ist?

Was sagt er als Leiter der Deutschnationalen und der Bürgerblockregierung zu dem Bekenntnis seiner konservativen Freunde?

Und noch mehr: Was sagen Zentrum und Volkspartei zu den Blodgenossen, die die Republik beschwören und den Kampf für König und Kaiser innerhalb der Regierungsparteien organisieren lassen?

Das „rote Bengalen“.

Indiens Franzosen.

Von Franz Josef Furtwängler.

Kalkutta, im Januar.

Mehr noch als Architektur und Straßenleben der Stadt Kalkutta interessiert uns Ari und Gliederung des Volksstums. Auch in dieser Hinsicht zeichnet sich Kalkutta und die ganze Provinz Bengalen mit ihren 47 Millionen Einwohnern von den bisher von uns besuchten Provinzen aus. Die schon Jahrhunderte vor der britischen Eroberung schwer bedrückte Volkschicht der „Unberührbaren“ (untouchables), die in den südlichen und zentralen Provinzen viele Millionen Menschen zählt, ist in Bengalen kaum vertreten. Als Element der sozialen Frage existiert sie gar nicht. Die Folgen dieses Umstandes sind so schwerwiegend, daß noch an mancher Stelle manches darüber zu sagen sein wird. In denjenigen Landesteilen, wo die Unberührbarkeit herrscht, ist diese — sozial wie national — das erste, fast alle Strohstark und Aktivität im öffentlichen Leben auffaugende Problem, einem Mauerwerk oder Drahtgitter gleichend, ohne dessen Zerstörung kein Bormarsch möglich ist — „ist erst dies Volkswort überfliegen...“ Jeder, der die Schriften des Mahatma Gandhi gelesen hat, weiß, wieviel von seinem auch heute bestehenden Einfluß dieser Apostel an die Abschaffung der Unberührbarkeit fehlt. Die Bengalen dagegen haben ihre Kräfte frei für ein fortgeschrittenes, ein positives Stadium des nationalen und sozialen Befreiungskampfes — eine Vorzugstellung, derjenigen der westeuropäischen Nationen gegenüber den osteuropäischen Völkern mit feudaler Herrschaftsform vergleichbar.

Ich nannte die Bengalen oft die Franzosen von Indien und habe mit dieser vielfältig belegbaren Parallele bei Indern meist Zustimmung gefunden. Nach Rabindra-nath Tagore, in dessen Heim wir kürzlich zu Besuch waren, bestätigte uns, daß die Wellen der Ruhlosigkeit und Unzufriedenheit, die in Kriegs- und Nachkriegszeit von Europa ausgingen, sehr mächtig an die Ufer seiner Heimat prallen. Der Bengale ist vor allen indischen Stämmen und Völkern geistig beweglich, hat Phantasie, einen ausgeprägten Sinn für Humor und Ironie und sogar den (nach Obethe unübersehbaren) „esprit“. Politisch ist er aktiv und reizbar wie kaum ein anderer Indier.

Der bengalische Bauer sitzt auf seinen zwei Acres Land, einem gartenähnlichen Grundstückchen, dem er schlecht und recht die Notwendigkeiten seiner Existenz abringt. Der Boden hier ist fruchtbar, der Regen reichlich, so daß bei aller Märglichkeit des Ertrages immerhin das Risiko der Hungersnot fehlt. Und um ihn vor Ueberfluß und Wohlergehen zu bewahren, teilen die Regierung und der Zamindar, der indische Grundherr, sich in das, was sich von dem Ertrag seines bedackerten Gartenbeetes noch irgendwie wegholen läßt.

Hier in der Stadt dagegen ist der Bengale vornehmlich Geschäftsmann, Bank- und Handelsangestellter. Von den manuellen Berufen bezieht er vor allem die qualifizierten. Anfällige Engländer versicherten uns, daß der bengalische Mechaniker und Elektriker mit jedem weißen Kollegen den Wettbewerb aufnehmen könne. Die verschiedenen hunderttausend Lohnarbeiter der Textilindustrie, meist ungelern und schlecht entlohnt, kommen dagegen in der großen Mehrzahl von außerhalb, aus Provinzen, wo Landnot und Hungersnot große Massen ins Industrie proletariat treiben. Bekannt ist ferner, daß das gelobte Land der Gangesmündung der Menschheit mehr Juristen beschert als irgendeine andere Gegend Indiens. Diese wiederum nähren und organisieren die politischen Instinkte des Volkes. Nirgends fanden wir bisher in Indien eine solche bis in breite und tiefe Schichten der Bevölkerung reichende Vertrautheit mit politischen Tagesfragen wie hier; nirgends sonst in diesem Lande wäre es möglich, daß Schreiber und Hotelportiers sich über Briand, Chamberlain und Stresemann unterhalten. Dem Engländer gilt der Bengale als „aufwändig“, weil er der erste war, der auf den gräßlichen Gedanken kam, daß ein Volk, welches soviel Medaillen und Viktorienkreuze aus dem großen Krieg heimbrachte wie die Indier, sich eigentlich nicht vom Bürgersteig jagen zu lassen brauche, wenn einer von der weißen Herrenkaste sich nähert.

Die hiesige Kriminalpolizei ist, wie jeder Blick in die Zeitung lehrt, wohl die geschäftigste der Welt. Was Metternich als Demagogen verfolgte, heißt hier „Agitatoren“, und das Wort vom „roten Bengalen“ ist hier ein landläufiger Ausdruck. Duzende fähiger und ehrlicher Politiker sitzen — zum Teil seit Jahren — in der „Schuhhaft“ auf Grund einer vom Bizetkönig nach Ablehnung durch das Parlament eigenmächtig in Kraft gesetzten Verordnung, wonach politisch unliebsame Personen ohne gerichtliche Verhandlung „für die Dauer von 6 Monaten“ in Haft gehalten werden können. Nach Ablauf dieser 6 Monate erhalten die Sträflinge die einfache Mitteilung: „Ihre Haft ist auf ein weiteres Halbjahr verlängert.“ Der prominenteste unter den Häftlingen, der auf diese Weise nun schon zweieinhalb Jahre in Birma sitzt, ist der noch junge Subhas Chandra Bose, ein Brahmane aus reicher Familie, der eher als Linksliberaler denn als Terrorist oder Kommunist bezeichnet werden kann und sich lediglich durch sein Eintreten fürs Volk, seinem großen Einfluß und einige Versuche zur Organisation wichtiger Arbeitergruppen verdächtig machte.

Vorbereitungen für Genf.

Hochbetrieb in San Remo.

Der Reichsaußenminister Stresemann reist am Donnerstag von San Remo sofort nach Genf zur Tagung des Völkerbundsrats. Vorher dürfte ihm der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schubert in seinem jetzigen Aufenthaltsort Bericht über die außenpolitischen Vorgänge der letzten Zeit erstatten. Auch Briand und Chamberlain werden nach den in Berlin vorliegenden Mitteilungen in Genf erwartet.

Der deutsche Botschafter in Paris v. Hoersch wird heute mit dem französischen Außenminister Briand eine Besprechung haben. Der deutsche Botschafter in Rom v. Neurath erstattete dem Reichsaußenminister am Montag Bericht über die wirtschaftlichen Verhandlungen der Großindustriellen Thyssen und Börseler in Rom. Beide Industrielle wurden inzwischen sowohl vom Papst wie von Mussolini empfangen.

Wird die Rheinlandfrage in Genf besprochen?

Paris, 1. März. (W.T.B.) „Populaire“ schreibt unter Hinweis auf die voraussichtliche Begegnung der Minister des Auswärtigen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien in Genf: Briand hat gar keinen Grund, den Rat dorer zu befragen, die nicht wollen, daß der Minister des Auswärtigen Frankreichs unter den gegenwärtigen Umständen eine Diskussion mit seinem deutschen Kollegen über die Rheinlandfrage und die damit zusammenhängenden Probleme beginnt, sei es auch nur, um zu erfahren, ob die Reichsregierung, wie man in gewissen politischen Kreisen behauptet, die Absicht hat, neue Vorschläge zu machen, da die in Lohrn unterbreiteten keine praktischen Folgen gehabt haben.

Das Befinden Löbes.

Das Allgemeinbefinden des Reichstagspräsidenten Löbe war auch heute früh ausgezeichnet. Auch der objektive ärztliche Befund war in jeder Hinsicht zufriedenstellend.

Regierungsbildung in Thüringen.

Linkscoalition gescheitert. — Veauftragung des Landbundes?

Jena, 1. März. (Eigener Drohtbericht.) Als Ergebnis der gestern abend abgeschlossenen Verhandlungen des Genossen Brill mit den Fraktionen der Linken über die Regierungsbildung kann festgestellt werden, daß die Demokraten jede Beteiligung oder Mitwirkung an einer von den Kommunisten unterstützten sozialdemokratischen Minderheitsregierung oder an einer sonstwie gearteten Linksregierung ablehnen. Sie erklären, daß sie eine Regierung der Mitte wünschen. Die Kommunisten erklärten sich zwar bereit, eine sozialistische Minderheitsregierung zu unterstützen, ließen die Frage aber offen, ob sie einer Regierung aus SPD. und republikanischen Persönlichkeiten folgen könnten. Die Unterstützung einer Koalition von SPD. und Demokraten lehnten sie ab. Auf Grund der einander ausschließenden Erklärungen der SPD. und der Demokraten entfällt die Möglichkeit, die bisher zahlenmäßig als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangenen Oppositionsparteien zu einer Regierungsbildung heranzuziehen. Der Genosse Brill von der SPD. wird daher heute den Auftrag als erledigt zurück-

geben. Der Präsident des Landtags dürfte daraufhin nach dem Beschlusse des Weistensrates dem Vertreter der zweitstärksten Fraktion, des Landbundes, den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen.

Neues Aufwertungs-Volksbegehren.

Antrag an den Reichsinnenminister.

Die Aufwertungsorganisationen haben einen neuen Antrag an das Reichsinnenministerium gestellt, ein Volksbegehren über ihren Gesetzentwurf „Wiederherstellung des Volkvermögens“ zuzulassen.

Damit steht Herr von Reubell und mit ihm das Kabinett des Bürgerblocks vor der Entscheidung, die einst Herrn Rütz erhebliche Kopfschmerzen gemacht hat.

Herr von Reubell ist deutschnational. Die Aufwertungsorganisationen werden an das Wort des Herrn Hergt denken, daß die Deutschnationalen am Tage nach ihrem Regierungseintritt ein neues Aufwertungsgesetz vorlegen würden.

Poincarés Schritte in der Schuldenfrage.

Protest der Sozialisten. — Coolidge einverstanden.

Infolge des Widerstandes der Sozialisten wie auch des Nationalen Blocks gegen die Ratifizierung der beiden Schuldenabkommen mit Amerika und England mag die französische Regierung nicht, die betreffenden Gesetzentwürfe im Parlament einzubringen. Andererseits ist dieser Zustand der Passivität gegenüber grundsätzlich vereinbarten Schuldenregelungen außenpolitisch für Frankreich auf die Dauer unhaltbar. Aus diesem Grunde hat Poincaré auf eigene Faust der englischen und amerikanischen Regierung Vorschläge übermittelt, die dahingehen, wenigstens provisorisch mit den in den beiden Abkommen vorgesehenen Ratenzahlungen zu beginnen.

Gegen dieses eigenmächtige Vorgehen des Ministerpräsidenten haben die französischen Sozialisten auf die Initiative des Genossen Vincent Aurioi schärfste Verwahrung beim Vorstehenden der Finanzkommission Walon eingelegt. Poincaré sah sich genötigt, Walon zu versichern, daß sein Schritt einen rein provisorischen Charakter trage und in keiner Weise die Rechte des Parlaments beeinträchtige, die in ihrer Entscheidung über die endgültige Gestaltung der Schuldenfrage völlig frei bleibe. Inzwischen hat Coolidge erklärt, daß die Washingtoner Regierung den Vorschlag Poincarés einer provisorischen Erfüllung des Abkommens Mellon-Beranger akzeptiere.

Schlagwetterexplosion.

13 Mann auf Zeche de Wendel schwer verletzt.

Hamm, 1. März. (W.T.B.) Auf der Zeche de Wendel bei Hamm hat sich heute vormittag 10 Uhr bei Abdrückungsarbeiten bei einem Grubenbrand, der am 24. Februar ausgebrochen war, eine schwere Schlagwetterexplosion ereignet, bei der zwölf Beamte und ein Arbeiter teils schwer verletzt wurden. Der Explosion um 10 Uhr war eine leichtere um 8 Uhr vorausgegangen, durch die zwei Arbeiter durch Steinfall verletzt wurden.

Die Zahl der Schwerverletzten konnte mit Sicherheit noch nicht festgestellt werden. Die Verletzten wurden den Krankenhäusern in Hamm zugeführt.

Solche Politik hat bisher den Erfolg gehabt, die Anfänge auch der Gewerkschaftsbewegung zu ersticken. Eine kleine Heimindustrie für Herstellung von Bomben (das letzte „Unternehmen“ dieser Art wurde eben in den Tagen unserer Ankunft von der Kriminalpolizei entdeckt) ist nicht so sehr Ursache als vielmehr Folge der polizeilichen Willkürherrschaft. Das an Führern noch arme aber an Bewegung reiche politische Leben dieser Provinz vollzieht sich sozusagen unterirdisch.

Zur Eröffnung des Provinzialparlaments („Bengal Legislative Council“) wurde uns Zutritt verweigert. Das Gerücht, mit dem dieses Scheinparlament eröffnet wurde, stand in umgekehrtem Verhältnis zu seinen Rechten und Wirkungsmöglichkeiten. Der Uniformenrudel, das Tuten und Trompeten konnte einen Glauben machen, es ginge zu einer Kaiserkrönung. Man will durch diese Feierlichkeitsmasterade mit Storchschritten und hoheitsvollem Würdenzeln auf die „imagination“, die Phantasie der Bengalen einwirken. Die aber merken allgemach die Ironie des Gegenjähres zwischen Schau und Tatsächlichkeit.

Rudyard Kipling, der imperialistische Dichter des Weltreichs, höhnte vor Jahren über das Parlament von Kalkutta, in dem brillenbewaffnete Indier mit weißen Hemden über Jensus, Wahrrecht und John Stuart Mill quatschten, derweil draußen die Stadt stinte und die Straßen der Eingeborenen nach Wasser und Besen schreien. Eine allzu billige Spöttelei! Doch das echte Jingoismus erfährt auch heute noch nicht, daß das der Göttin Kali geweihte Fischerdorf Kalkutta erst unter britischer Herrschaft zum Pferd für eine Million Menschen wurde und es völlig deren Schuld ist, wenn für Schuträume und Straßeneinigung ein armseliger Bruchteil vom Betrage des Militarismusbudgets ausgegeben wird; daß für Schmutz und Massenelend in dieser Stadt dieselbe Klasse verantwortlich ist, wie für den Schmutz und die Proletarierarmut von Whitechapel, den Süms von London, und daß die Zustände weder in Kalkutta noch in Whitechapel sich zum Besseren ändern, ehe die Herrschaft dieser Klasse ein Ende hat.

## Groß-Zentrum.

### Die Arbeitsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei

Die Erschütterungen des Kriegs und der Revolution haben das Parteileben in Deutschland stark beeinflusst. Die große sozialistische Arbeiterlinke brach in drei Teile auseinander. Die früheren Freisinnigen oder Fortschrittler kamen als Demokraten wieder und entfernten sich weit von den Nationalliberalen, die als „Deutsche Volkspartei“ wieder auftraten. Auf der anderen Rechten massierten sich Konserervative, Freikonservative und Antisemiten zur „Deutschnationalen Volkspartei“. Das außerbayerische Zentrum bildete mit Sozialdemokraten und Demokraten die Weimarer Koalition, das bayerische Zentrum ging nicht mit, sondern konstituierte sich als „Bayerische Volkspartei“. Das Zentrum räumte Bayern bis auf die Pfalz, wo es mit der Bayerischen Volkspartei in scharfem Konkurrenzkampf blieb.

Seitdem sind aber wieder Änderungen eingetreten. Sozialdemokratie und Unabhängige Sozialdemokraten bildeten zunächst eine Arbeitsgemeinschaft und vereinigten sich am wieder zu einer Partei. In der Volkspartei machten sich Bestrebungen geltend, die alte nationalliberale Fahne wieder zu erheben und sich den Demokraten ein wenig zu nähern. Die Deutschnationale Volkspartei sah erst durch die „völkischen“ Antisemiten, die wieder ihren eigenen Weg gingen, dann durch die Wirtschaftspartei ihren Bestand und ihre Einheit bedroht. Ihre Tätigkeit in der Regierung kann die Tendenz zu weiteren Spaltungen oder Abbröckelungen nur fördern.

So zeigt sich im deutschen Parteileben eine allgemeine Reigung, zum Stande der Vorkriegszeit wieder zurückzukehren. Diese Reigung ist auch im katholischen Lager vorhanden. Wir haben schon darüber berichtet, daß zwi-

schen Zentrum und Bayerischer Volkspartei Verhandlungen schweben, die zunächst auf die Wiederherstellung einer Arbeitsgemeinschaft gerichtet sind. Hält die gegenwärtige Parteikonstellation vor, bleibt das Reichszentrum längere Zeit an der Seite der Rechten, dann wird es in absehbarer Zeit wieder eine das ganze Reich umfassende Zentrumsfraktion und Zentrumsparlei geben.

Damit ist schon gesagt, daß es nicht die Bayern sind, die zum Zentrum kommen, sondern umgekehrt: das Zentrum kommt zu den Bayern. Das widerspricht zwar scheinbar dem physischen Gravitationsgesetz, wonach immer die kleinere Masse von der größeren aufgelassen wird, es entspricht aber der politischen Logik. Jahrelang war das Zentrum mit der Sozialdemokratie gegen die Deutschnationalen verbündet, während umgekehrt die Bayerische Volkspartei im Bunde mit den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie den heftigsten Kampf führte. Das Zentrum stellte sich auf den Boden der Tatsachen, die durch die Revolution vom November 1918 geschaffen waren, die Bayern konnten sich nicht mit ihnen abfinden. Das Zentrum ging — vor allem durch die Finanzreform Erzbergers — mit der Sozialdemokratie ein Stück Weges zur Einheitsrepublik, die Bayern blieben nach wie vor Partikularisten und Verfechter der „bayerischen Staatspersönlichkeit“. Jetzt hat das Zentrum mit den Deutschnationalen seinen Frieden gemacht, und damit hat der Gegensatz zwischen ihm und den Bayern seinen Sinn verloren.

Das Zentrum hat im Reichstag 69 Sitze, die Bayerische Volkspartei 19. Zusammen haben sie also 88, was beinahe der alten Stärke des Zentrums im Reichstag entspricht. Daß die 19 Bayern das Schwergewicht des rechten Flügels verstärken und für die Koalition mit den Deutschnationalen ein starkes Bindemittel bilden, versteht sich von selbst.

Ganz ist freilich auch die katholische Partei Bayerns nicht von inneren Wandlungen verschont geblieben. Vor dem Krieg war das bayerische Zentrum kaum mehr, manchmal sogar weniger reaktionär als die Partei im übrigen Reich. Zwischen ihm und der bayerischen Sozialdemokratie herrschte ein gutes Verhältnis — man braucht nur an die „Schwarzrote Koalition“ zu erinnern, die zwischen dem Genossen Eberhardt und dem Domkapitular Schädler bestand, die zu ihrer Zeit so großes Aufsehen erregte. Aber die vorübergehende „Räteidiktatur“ in München trieb den bayerischen Spießbürger ganz nach der reaktionären Seite, und die unitarische Politik der Sozialdemokratie schuf weitere Gegensätze. Trotzdem sind die Bayern nach vielem Sträuben und Zetern so wie die Deutschnationalen auf dem „Boden der Tatsachen“ angekommen. Schon früher als jene hatten sie die Außenpolitik der Mitte gestützt. Und nach dem Mißlingen des Hitler-Putsch war auch in Bayern die Zeit für eine unmittelbare aggressive Feindschaft gegen die demokratische Republik zu Ende.

Bei aller Anerkennung dieser Tatsachen kann doch nicht behauptet werden, daß man sich auf dem Wege Mitte gefunden hat. Den weiteren Weg hat das Reichszentrum zurückgelegt. Die Ermordung Erzbergers auf der einen Seite, das Bündnis mit den Deutschnationalen auf der anderen kennzeichnen seine Gänge. Die Bayern dürfen also heute schmunzeln: auf dem Felde der Tatsachen sind sie die Geschlagenen — und doch sind sie Sieger über das Zentrum!

## Die bayerische Regierung dementiert . . .

### Sie hat keinen Kranz am Grabe Eberts niederlegen lassen.

München, 1. März. (WZ.) Die gestern verbreitete Heidelberger Nachricht, daß das bayerische Staatsministerium anlässlich der zweiten Wiederkehr des Todestages Friedrich Eberts am Grabe des Reichspräsidenten einen Kranz habe niederlegen lassen, beruht, wie uns vom süddeutschen Korrespondenzbureau mitgeteilt wird, auf einem Irrtum.

## Die Theorie der Sowjetgranaten.

### Bucharin sagt: 1923 durften die Deutschen ihr Vaterland verteidigen.

Die Sowjetregierung hat in den Jahren 1921/22 mit der deutschen Reichswehr Abreden getroffen, die sich in Munitionslieferungen bis in das Jahr 1926 hinein auswirkten. Nun hat sich die „Rote Fahne“ zur Rechtfertigung dieses Handels den Theoretiker des Bolschewismus Bucharin verschrieben. Sie hat ihn damit vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt. Denn einerseits leugnet sie ja bis zum heutigen Tage die Existenz der Sowjetgranaten, andererseits soll bewiesen werden, daß die Ausrüstung der „weißen“, der „konterrevolutionären“ Reichswehr mit sowjetrussischer Munition haargenau den Prinzipien des Leninismus entspricht. Wie macht man das?

Nun, Bucharin hat sich aus den vielen Anfragen, die ihm jedenfalls zugegangen sind, zwei herausgesucht, die von der Zelle Schwarzkopff-Berlin und vom Oppositionswehr Weber gestellt sind. Sie behandeln die Stellung Bucharin zu Deutschland im Jahre 1923 in ganz allgemeiner Form und fragt die Schwarzkopff-Zelle: „ob es wahr ist, daß er (Bucharin) im Namen der Komintern den Standpunkt verteil habe, daß es im Jahre 1923 Aufgabe der RPD gewesen sei, die Verteidigung des Vaterlandes gegen die Entente zusammen mit der deutschen Bourgeoisie zu unterstützen“. In ähnlicher Richtung bewegt sich die Anfrage Webers.

Bucharin setzt nun auseinander, daß sich die Rolle Deutschlands im Laufe der Jahre geändert habe. Im Kriege sei es imperialistisch gewesen. Jetzt sei es wieder imperialistisch. Aber im Jahre 1923 sei es ganz anders gewesen:

„Das Vaterland“ hatte, obgleich es nicht aufgehört hatte, ein bürgerliches zu sein, wohl aufgehört, ein bürgerlich-imperialistisches zu sein; der Krieg hatte sich für Deutschland aus einem imperialistischen in einen nationalen Befreiungskampf verwandelt; diesem Kriege gegenüber konnten sich die Kommunisten nicht mehr ganz so verhalten wie dem imperialistischen Krieg gegenüber, um so mehr, als die internationale Situation Deutschland zu einem Bündnis mit dem Lande der proletarischen Diktatur, mit der Sowjetunion, drängte. Daher — die sogenannten „nationalen Töne“ in der Tätigkeit der RPD, um so mehr, da in Deutschland selbst im Jahre 1923 die Frage der Nachtregierung durch das Proletariat unmittelbar auf die Tagesordnung gestellt wurde. Daher jene Sympathie für „Deutschland“, die mit besonderer Deutlichkeit während der Ruhrbesetzung auch auf Seiten der Komintern und ihrer Sektionen wie selbst auf Seiten der offiziellen Organe der proletarischen Diktatur der U.S.S.R. zum Ausdruck kam.

Nun stammen die Munitionsverträge nicht aus dem Jahre 1923, sondern von 1921/22. Die Munitionslieferungen dauerten bis Oktober 1926. War Deutschland, das nach der Theorie Bucharins heute wieder ein imperialistisches Land ist, vor fünf Monaten noch kein imperialistisches Land?

Im Jahre 1923, sagt Bucharin, war in Deutschland „die Frage der Nachtregierung durch das Proletariat unmittelbar auf die Tagesordnung gestellt“. Diese Auffassung wurde damals in der Tat von den deutschen Kommunisten vertreten, und Rostau unterstützte sie darin. Im Reichstag riefen damals die kommunistischen Abgeordneten: „Es lebe der bewaffnete Aufstand!“ Zur gleichen Zeit aber rüstete Sowjetrußland die Reichswehr aus, die doch dazu bestimmt war, bewaffnete Aufstände niederzuschlagen. Sowjetrußland predigte die Revolution und bewaffnete die Gegenrevolution! Gibt es eine „Theorie“, durch die sich ein solches Verhalten rechtfertigen läßt? Darf dieses Rußland sich als Lehrmeister des Sozialismus, als Schöpfer der Unterdrückten aufspielen? Die Arbeiter verneinen diese Frage, sie lassen sich auch nicht mehr verwirren durch „theoretisches“ Gewäsch.

## Filmsubventionen?

Von Hermann Hieber.

Die Forderung eines zwanzig-Millionen-Kredits, die die deutsche Filmindustrie an das Reichswirtschaftsamt gestellt hat, erhebt wie ein Blitz die Frage, in der sich das deutsche Filmwesen befindet. Die wirtschaftliche Frage ist zugleich eine kulturelle von allergrößter Bedeutung. Und von dieser Seite soll sie einmal betrachtet werden.

An sich ist der Gedanke, den Film von Staats wegen zu subventionieren, keineswegs absurd. Man verweist auf das russische Beispiel darauf, daß im Sowjetstaat tatsächlich eine gewaltige Steigerung der künstlerischen Leistung erzielt worden ist. Sicher wäre ohne die großzügige staatliche Hilfe in finanzieller und organisatorischer Beziehung der „Banzertreuer Potemkin“ nicht möglich gewesen. So gut wie unsere staatlichen und städtischen Bühnen aus öffentlichen Mitteln unterhalten, könnten wir auch den für die Allgemeinheit viel wichtigeren Film subventionieren.

Das ist theoretisch richtig. Aber in der Praxis steht sich die Sache wesentlich anders an. Dieselben Herren, die heute nach einer Wirtschaftsbefähigung für den Film jammern, hätten sich noch vor wenigen Jahren, beinahe aber unmittelbar nach dem Umsturz, mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. „Nur um Gottes willen keine Verstaatlichung“, hieß es damals. Sie wissen so gut wie wir, daß der Film in Rußland nicht allein um seiner künstlerischen Qualitäten willen, aus reinem Idealismus, unterstützt wird, sondern als politisches Propagandainstrument. Als solches hat man auch in Deutschland den Film benutzt — nur leider nicht im volkstümlichen Sinne, sondern gegen den Willen und die Bestimmung der Mehrheit. Man hat uns sojuzet mit monarchistischen und militaristischen Machwerken beleidigt. Die Gesellschaftstragödien und „Lustspiele“ waren ebenfalls nur aus der kapitalistischen Perspektive aufgenommen. Mit einem Wort: der deutsche Film war bis jetzt — mit wenigen Ausnahmen — volksfeindlich. Selbst wenn er einmal, wie im „Fünften Brand“ und den „Unheimlichen“, das proletarische Milieu wählte, rutschte es ins Sentimental-Verlogene, ins Bürgerliche ab.

Der geschäftliche und der künstlerische Bankrott gehen Hand in Hand. Die Verhältnisse bei der „Ufa“ sind typisch. Hier herrscht Anarchie, weil die Herren an der Spitze einander entgegenarbeiten. Der Demofrat wollte einen „Domela“-Film herausbringen und hatte ihn bereits in der Presse angekündigt — der Deutschnationale, in seinen heiligsten Gefühlen verletzt, jetzt ihn wieder ab. Ueberhaupt ist der Kuck nach rechts unverkennbar. Bei dem Personalabbau, den die katastrophale Unterbilanz notwendig macht, müssen vor allem die Juden dran glauben. „Bei uns werden die Juden mit dem Staubsauger aufgeholt“, klagte mir jüngst ein Eingeweihter. Aber auch die Qualität der Filme wird mit dem Staubsauger aufgeholt. Die Millionenobjekte der „Ufa“:

„Tauf“ und „Retropolis“ stellten sich bei genauem Zusehen als Verlogener heraus. Um eine alberne Komödie mit den ältesten, verbrauchtesten Tricks zu drehen, rüstet die „Ufa“ eine grobhartige Filmexpedition nach Westindien aus! Wenn sie jetzt trotz zweimaliger Sonierung durch das amerikanische Filmkapital und trotzdem die „Deutsche Bank“ und die Farbendruckindustrie hinter ihr stehen, mit 20 Millionen Minus dasteht und nicht einmal weiß, wie sie ihre Verpflichtungen gegen die amerikanischen Gläubiger erfüllen soll, dann wird sie beim kleinen deutschen Steuerzahler, auf den sie mit der Tendenz ihrer Filme bisher nicht die mindeste Rücksicht genommen hat, gewiß nicht auf Mitleid rechnen dürfen.

Um für die staatliche Beihilfe Stimmung zu machen, führt man zweierlei ins Treffen: die ungeheure steuerliche Belastung der deutschen Filmindustrie und die Notwendigkeit, den Export zu stärken. Aber auch das jährt nicht. Die Produktion hat sich von jeher darauf verstanden, ihre Kosten auf den Konsumenten abzuwälzen und dabei noch gewaltige Ueberbüsse zu erzielen. Wie wäre es sonst möglich, daß man beratt aus dem vollen Gewirksamkeit hat? Daß man sich ganz überflüssigerweise ein Riesenspersonal halten, für ein einziges Haus ein Orchester von 85 Mann verpflichten und in ein anderes, den „Gladiatorplatz“, bloß für den Umbau 2½ Millionen hineinstecken konnte? Reiner von denen, die jetzt in der Mehrzahl die Schulden der Gesellschaft zahlen sollen, hat Wärmewände und echte Perseerteppiche und vergoldete Spiegel verlangt. Gerade das, was man verlangen konnte: Filme von Qualität und anständiger Gestaltung, Filme, die unser Denken und Fühlen zum Ausdruck brachten — gerade das hat man uns vorenthalten. Und nun will man auch noch unsere Steuergroschen dazu mißbrauchen, um „Mittelfilm“, d. h. Arbeiten, die selbst die Herren vom Bau als minderwertig betrachten, im Ausland an den Mann zu bringen. Wir sollen also den deutschen Schund in die Welt verbreiten helfen. Wofür wir uns bestens bedanken.

Die „Ufa“ steht rechts — ihre Wochenberichte beweisen das schon zur Genüge. Die „Deutlig“ von Hugenberg und Scherl kommandiert, steht noch weiter rechts. Mit jeder Mark, die wir ihnen zuwenden, härten wir die reaktionäre Propaganda, helfen wir den Volkstakt unterwühlen. Keinen Fennig dieser Gesellschaft!

Filmberatung für Auswanderer. In der Urania finden jetzt Filmvorführungen statt, die über wichtige Länder, die das Ziel deutscher Auswanderung sein können, genauere Kenntnisse verbreiten. Der Anfang wurde mit Kanada gemacht. Herr Dr. Justus Schmitz, der selber im Lande gearbeitet und schon in früheren Veröffentlichungen seine Vertrautheit mit amerikanischen Verhältnissen erwiesen hat, hielt den begleitenden Vortrag. Vor allem zeigte er, daß Kanada (zwanzigmal so groß wie Deutschland aber mit nur 9 Millionen Einwohnern) nur Einwanderer braucht, die vorzüglich in der Landwirtschaft harte körperliche Arbeit leisten und einen Knag verdienen können. Die Bodenschätze des Landes und seine landwirtschaftlichen Möglichkeiten wurden eingehend besprochen. Die Durch-

schnittslöhne für landwirtschaftliche Dauerarbeiter sind 35 bis 45 Dollar im Monat, reichhaltige gute Kost und mäßiges Logis eingeschlossen. Zur Erntezeit gibt es Zuschläge. Die Zustände sind patriarchalische, Möglichkeiten des Aufstiegs durch Arbeit vorhanden. Der Filmteil ergänzte anschaulich den Vortrag. Die Schicksale eines deutschen Auswanderers werden im Bilde gezeigt: von der Einschiffung in Bremerhaven auf einem Dampfer bis zur Landung in Halifax, die lange Eisenbahnfahrt ins Präriegebiet, wo er Einstellung findet. Die landwirtschaftlichen Arbeiten auf einer Farm werden geschildert, die Fruchtbarkeit des Bodens wird ersichtlich. Dornenstädte und Landschaftsbilder (besonders schön die vom Niagara) und allerlei Einblicke in das Schulwesen. Im ganzen dürfte die Darstellung zutreffen; der im Film gezeigte Aufstieg zum eigenen Besitz ist natürlich in stark verkürzter Projection vorgenommen.

Ein Haus der ausländischen Studenten in Berlin. Das Alexander-von-Humboldt-Haus ist jetzt als Mittelpunkt für die ausländischen Studenten der Berliner Hochschulen eingerichtet worden. Die ausländischen Studenten sollen in diesem Heim eine Art Heimat erhalten und mit ihren deutschen Kommilitonen in nähere Beziehung treten. Das ehrwürdige Haus, eine alte Berliner Villa mit schönem Garten in der ruhigen Falanenstrasse, mitten im belebtesten Teil des Westens, ist für diesen Zweck besonders geeignet. Ein Besetzung mit deutschen und ausländischen Zeitungen, eine Bibliothek dienen den geistigen Bedürfnissen; für die leiblichen sorgt eine Küche des Roten Kreuzes, die einer größeren Zahl Studierender das Mittagmahl kauft. So soll dies Haus im Sinne Alexander von Humboldts ein Ruhepunkt von wissenschaftlicher Arbeit und zugleich eine Stätte sein, an der wahrhaft völkerverbindender Geist herrscht.

Internationaler Verständigung über die Sommerzeit. Die Regierungen von Frankreich, England, Belgien und Holland sind untereinander in Fühlung getreten, um eine Verständigung über die Einföhrung der Sommerzeit zu erzielen. Bisher hat jedes dieser Länder ein anderes Datum für den Beginn der Sommerzeit festgesetzt; jetzt hofft die französische Regierung, daß ihr Vorschlag, den letzten Sonntag des März als Anzangsstermin zu nennen, von den anderen Ländern übernommen wird.

Dr. Magnus Hirschfeld bricht am 4. März im Wälderkaal über „Die sexuelle Liebe“ (Das Recht auf Liebe). Im II. Teil seines Vortrages wird er vorher schriftlich eingeworfene Fragen beantwortet.

Im Lehnhausmuseum (beim Domertag, 8 Uhr, Dr. Ernst Zander aus Leipzig über den Dichter Robert Griepentert. Aus den Dramen „Die Kronen“, „Robespierre“ und anderen. Außerdem registriert Dr. Oskar Richter-Grothe. Vorträge: Oskar Richter-Grothe zu „Robespierre“.

Der Pfaffenklub (beim Domertag, 8 Uhr, Dr. Ernst Zander aus Leipzig über den Dichter Robert Griepentert. Aus den Dramen „Die Kronen“, „Robespierre“ und anderen. Außerdem registriert Dr. Oskar Richter-Grothe. Vorträge: Oskar Richter-Grothe zu „Robespierre“.

Hans Döhrer wird seine Sammelten Erzählungen in zwei Bänden (bei Dr. Benno Hüter in Augsburg) herausgeben.

Der russische Schriftsteller „sympathisch vor dem Ableben. Der Zustand des bekannten russischen Schriftstellers Kravtchenko, des Autors des „Sanna“, ist, wie aus Paris gemeldet wird, hoffungslos.

## Kampf der Minderheiten.

### Eine Konferenz der Völkerverbundgesellschaften.

In Brüssel fand dieser Tage eine der regelmäßigen Tagungen des Weltverbandes der Völkerverbundgesellschaften statt. In dieser Internationale sind die Völkerverbundgesellschaften von etwa 30 Staaten vereinigt. Sie sind alle private Vereine, die der Verbreitung des Völkerverbundgedankens dienen sollen. Wären die Zahlen ihrer Mitglieder je nach den sozialen und politischen Verhältnissen des Landes, das sie vertreten, noch so verschieden sein: Sie stehen ausnahmslos sämtlich den Regierungen und Auswärtigen Ämtern nahe. Der Weltverband der Völkerverbundgesellschaften stellt einen Völkerverbund im Kleinen dar. Der internationale Gedanke der Völkerverbundarbeit ist zwar die Ideologie, die in ihm herrschen sollte. Aber neben denen, die sachlich im Geiste internationaler Zusammenarbeit wirken, leuchten auf diesem Boden viele nur um ihrer eigenen nationalen Ziele willen. Auch die Brüsseler Konferenz war eine Tagung, auf der Nationalismus und Internationalismus, auf der Staatenegoismus und Völkerverbundgesinnung miteinander rangen. Es wurden dort so wenig wie im offiziellen Völkerverbund der Regierungen, Entscheidungen rein nach idealen Gesichtspunkten gefällt.

Von den Brüsseler Beratungen waren vor allem die der **Minderheitskommission** bedeutsam. Denn der Völkerverbund selbst hat gegenüber dem Minderheitsproblem in hohem Maße versagt. Die Minderheitskommission der Völkerverbundgesellschaften ist die einzige Stelle, an der der Minderheitenschutz international grundsätzlich umkämpft wird. Grundlage ist hierbei das geltende Völkerrecht, die sog. Minderheitenschutzverträge. Aber wie schlecht es mit der Durchführung dieses Rechtes bestellt ist, dafür nur ein Beispiel: **Rumänien** hatte bisher seines Staatsangehörigen ungarischer Nationalität verboten, eine rumänische Völkerverbundgesellschaft zu gründen; die rumänische Ungarn, die das versucht hätten, sind eingesperrt worden! Denn sie sollten ihre Minderheitsinteressen — es handelt sich um 3 1/2 Millionen rumänischer Staatsbürger! — international nicht vertreten dürfen. Deshalb war ihnen auch nach Brüssel die Reise verweigert worden. So hatte sich die rumänische reaktionäre Regierung selber in die ungünstige Lage gebracht, daß die Interessen der rumänischen Ungarn vom Vertreter Ungarns wahrnehmbar und ihre Lage der Kommission von diesem geschildert wurde. Das empfand der Rumäne als einen so empfindlichen Eingriff in die inneren Verhältnisse seines Landes, daß er sich zu der Erklärung bequemt, daß in Zukunft Rumänien seinen ungarischen Angehörigen das Recht zubilligen würde, sich zu organisieren und eine ungarische Völkerverbundliga als Mitglied der rumänischen Liga zuzulassen! Die Kommission nahm von dieser Erklärung Kenntnis; es wird abzuwarten sein, ob die rumänische Regierung die Zusage ihres Vertreters einhalten wird.

Ein zweiter Fall spielt ebenfalls auf dem Balkan. Nur handelt es sich nicht um eine nationale, sondern um eine religiöse Minderheit. Die **Wenoniten** werden in Südslowenien zum Dienste mit der Waffe gezwungen. Sie weigern sich und, um Exempel zu statuieren, werden Hunderte zu langjährigen Gefängnisstrafen — bis zu 10 Jahren — verurteilt. Gegenüber dieser unmenschlichen Brutalität wurde geltend gemacht, daß selbst das alte militärische Preußen den Wenoniten gestattete, ihrer Dienstpflicht als Pflegetruppen usw. zu genügen. Demgegenüber hielt der Vertreter Jugoslawiens, unterstützt von den Vertretern anderer Staatsnationen, wie Tschechen und Polen, an der Behauptung fest, daß durch die Weigerung dieses Volksteils — es handelt sich um etwa 20 000 Menschen — der Bestand des südslawischen Staates gefährdet würde. Mit Recht wurde ihm entgegengehalten, daß sich der Balkan nicht im Kriegszustand befinde, der solche Grausamkeiten, wenn auch niemals einschuldige, so doch erträglich finden lasse. Es ist zu hoffen, daß durch die internationale Diskussion der südslawischen Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht wird, wie sehr sie dem Ansehen Südslawiens durch die unmäßige Brutalität gegenüber dieser religiösen Minderheit internationalen Abbruch tut.

Von unmittelbar deutschem Interesse war die Diskussion der Unterdrückung der Deutschen in Tirol. Italien ist einem Minderheitsvertrage nicht unterworfen. So stützte sich die faschistische Völkerverbundgesellschaft vor Jahren zunächst auf den Einwand, daß der Weltverband nicht zuständig sei. Später zogen sie sich auf den Vorwand zurück, eine Diskussion auf deutschem oder österreichischem Boden nicht zulassen zu können. Jetzt war die Erkrankung des italienischen Hauptvertreters der Grund gewesen, warum die Kommission wiederum die Diskussion vertagte. Aber man gewinnt doch den Eindruck, daß es im Interesse des Faschismus selbst läge, bis zum nächsten Kongreß die wahrhaft bescheidenen Wünsche der deutschen Minderheitsvertreter zu erfüllen, die sich übrigens meist ohne Aufhebung oder Abänderung von Gesetzen und Verordnungen, einfach durch eine andere Verwaltungspraxis erreichen lassen, wie z. B. die Aufhebung des Verbotes deutschen privaten Unterrichts. Sonst ist es unermesslich, daß sich der Faschismus eine schwere moralische Niederlage auf internationalem Boden holt: die Vergewaltigung einer Minderheit von 200 000 Menschen entwürdigt die Regierung eines 40-Milionen-Volkes!

Es ist in Brüssel beschloffen worden, den nächsten Kongreß zum erstenmal in Deutschland abzuhalten. Er findet zu Pfingsten in Berlin statt. Dort werden internationale Probleme in einem halb-offiziellen Milieu diskutiert werden, für die der offizielle Völkerverbund zum Teil noch nicht reif scheint.

## Deutsch-französischer Handelsvertrag.

### Der erste Verhandlungstag der Delegationen.

Paris, 1. März. (W.T.B.) Ministerialdirektor Poincaré ist mit der Deutschen Wirtschaftsdelegation gestern in Paris eingetroffen. Die Delegationen wurden am Bahnhof von einem Vertreter des Außenministeriums und einem Vertreter des Handelsministeriums begrüßt. Heute vormittag hat die erste Sitzung mit der französischen Handelsvertragsdelegation stattgefunden, die wiederum unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Serruys steht, und zwar in Anwesenheit des französischen Handelsministers Bokanowski.

## Aus der Partei.

### Ausschluß aus der Partei.

Auf Antrag des Berliner Bezirksvorstandes hat der Parteivorstand in seiner Sitzung am 28. Februar 1927 auf Grund der ihm nach § 28, Absatz 5 des Organisationsstatuts zustehenden außerordentlichen Befugnis das bisherige Mitglied **Boris Goldenberg**, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 18, mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen. Das vorgelagte Material ergab zweifelsfrei, daß Goldenberg in der sozialistischen Jugendbewegung Groß-Berlins seit langem gegen die Sozialdemokratische Partei wirkte.

# Die Einbrüche bei Jürgens.

## Das Verschwinden der ominösen Perlenkette.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung, zu der etwa 25 Zeugen aus Kolberg und Stargard geladen sind, wurde in die Erörterung des Stargarder Einbruchs eingetreten, der am Abend des 12. Dezember 1925 in der Wohnung des Ehepaars Jürgens im zweiten Stockwerk des Hauses Hindenburgstraße 19 verübt sein soll.

Vorl. (zu den beiden Angeklagten): Geben Sie zu, daß dieser Einbruch fingiert war? Frau Jürgens: Nein. — Der Angeklagte Jürgens macht nur eine entschieden ablehnende Handbewegung. Dann schilderte Frau Jürgens die Vorgänge an dem fraglichen Abend. Ihr Mann sei an jenem Abend zu einem Herrenessen im Kasino gewesen, während sie den Besuch eines Gutsbesizers Aempfe hatte. An Hand des Wohnungspassiers, der auf zwei Tafeln aufgezogen ist, unterrichtete sich das Gericht über die Lage der einzelnen Zimmer, die, wie die Angeklagte angab, nach dem Fortgang des Besuches sämtlich verschlossen wurden, während das

### Silber aus dem Schzimmer in das Schlafzimmer

des Ehepaars Jürgens gebracht wurde, eine Maßnahme, zu der sich das Ehepaar auf Grund eines am 6. Dezember erhaltenen Drohbriefes entschlossen haben will. Ich hatte kaum eine Dreiviertelstunde geschlafen, als mein Hund sichtlich am Fenster emporsprang. Ich dachte, mein Mann käme nach Hause und rief seinen Namen. Es kam aber keine Antwort, sondern ich hörte nur Schritte auf dem Flur. Ich bekam einen Schreck und schrie um Hilfe. Meinem Mädchen, das darauf hereinkam, sagte ich: „Ich glaube, vorn sind Einbrecher, aber seien Sie vorsichtig.“ Das Mädchen kam darauf ganz verstört zurück und sagte: „Gnädige Frau müssen selbst sehen, was da passiert ist.“ Ich eilte ins Herrenzimmer, merkte sofort einen starken Gaseruch. Der Schreibtisch war aufgebracht, und die Aktensätze meines Mannes waren zerstreut, und auf dem Tisch lag mein kleiner Dampfpfiff tot. Als ich dann sah, daß auch das Bild meines verstorbenen Mannes zerfallen worden war, war ich ganz fertig. Auch das leere Cui meiner Perlenkette lag da. Auch im Ruhezimmer war alles durcheinander. Eine große Marmorbüste lag zerfallen auf der Erde. Vorl.: Wo war denn Ihr Schmutz? Frau Jürgens: Sonst hätte ich ihn immer im Schlafzimmer, aber am Abend zuvor waren wir beim Landgerichtspräsidenten eingeladen, und nach meiner Rückkehr ließ ich die Kette und die Brillantnadel auf dem Schreibtisch, in den sie mein Mann dann verschloß. Vorl.: Dieses Essen beim Präsidenten soll aber schon fünf Tage zuvor gewesen sein, dann mußte also der Schmutz fünf Tage im Schreibtisch gelegen haben. Sie haben am 5. Dezember eine Diebstahlsversicherung abgeschlossen und gerade am 12. Dezember das Verzeichnis der Schmucksachen überbracht und die erste Prämie gezahlt. Haben Sie denn nun dabei auch die Perlenkette vorgelegt? Frau Jürgens: Das weiß ich nicht mehr, jedenfalls seit dem Einbruch habe ich sie nicht mehr. Auch die Briefe, die ich meinem Mann geschrieben hatte, waren zwischen den ganzen Akten

auf dem Fußboden zerstreut. Es muß irgend jemand gewußt haben, daß mein Mann dort Akten aufbewahrte, während er sonst die wichtigen Leipziger Akten mit ins Schlafzimmer nahm. Schon einen Monat vorher, im November 1925, habe es bei ihnen mal gebrannt. In den Tauben- und Hühnerverkäufen war ein Brand ausgebrochen, und alle Tauben verbrannten damals. Vorl.: Und wie war

### die Sache mit dem Drohbrief?

Frau Jürgens: Am Abend des 6. Dezember sah ich mit meinem Mann im Herrenzimmer. Plötzlich klingelte es, und unser Mädchen kam mit einem Brief, dessen Couvert ganz schmutzig war. Als wir ihn aufmachten, lasen wir: „An den Herr Jürgens! Wir kommen wieder, denn Rahe ist jäh.“ Mein Mann hat sich sichtlich darüber aufgeregt und ging gleich mit seinem Hund herunter, ohne etwas zu finden. Vorl.: Man muß sich doch fragen, daß fremde Personen bei dem Einbruch in so kurzer Zeit nicht diese ganzen Veränderungen in dem Zimmer haben vornehmen können. Es ist doch auch merkwürdig, daß man nicht ins Schlafzimmer gekommen ist. Frau Jürgens: Es ist doch aber gelassen. Die Leute sind nur vom Hund gestört worden. Vorl.: Aber die übrigen Hausbewohner haben überhaupt nichts gehört. Man hat auch im Schnee auf der Straße und im Hof keine Spuren gefunden. Es ist doch ein Rätsel, wie fremde diese Tat begangen haben sollen. Frau Jürgens: Es muß doch aber sein. Ich bin es doch wahrscheinlich nicht gewesen. Ich habe diese Versicherung damals nur abgeschlossen, weil der Agent sagte, es seien politische Unruhen von den Kommunisten zu erwarten, und da habe ich die Wohnung mit 90 000 Mark versichert. Vorl.: Vorher waren Sie aber überhaupt nicht versichert. Sie haben auch gerade am 10. und 11. Dezember die Nachricht bekommen, daß die Kolberger Verloren wegen des dortigen Diebstahls eingestellt worden seien. Außerdem war

### Ihre Situation zu jener Zeit außerordentlich kritisch.

denn es waren Wechsel und Darlehen fällig, und die Stadtbank hatte verschiedene Ihrer Checks nicht honoriert. Das ist doch eine merkwürdige Kombination, die mit dem Diebstahl zeitlich zusammenfällt. Frau Jürgens (aufgeregt): Wenn ich hätte betrügen wollen, dann hätte ich doch meine Kette nicht so niedrig versichert. Außerdem hätte mir die Versicherung nicht gleich das Geld gezahlt. Vorl.: Immerhin kann man daraus schon Folgerungen ziehen. Sie wollten doch damals Ihre Perlenkette verkaufen? Frau Jürgens: Ja, ungefähr an dem gleichen Tage, als mein Mann nach Leipzig fahren wollte, nämlich am 12. Dezember. Oberstaatsanwalt Jordan: Wenn Sie die Kette verkaufen wollten, weshalb haben Sie sie dann acht Tage vorher versichert? (Bewegung.) Frau Jürgens (leise): Ich mußte doch alles versichern. — Nach diesen Worten bekam die Angeklagte einen Beinkrampf, so daß sie mit Hilfe von Professor Strauch und der Krankenschwester wieder auf die Krankenbahre gelegt werden mußte, worauf sie sich bald wieder erholt.

## Im Schlaf erschossen.

### Unglückselige Folgen eines Selbstmordversuchs.

Heute früh wurde die Polizei nach der Wohnung des Kaufmanns und Hauseigentümers **B. Naglaff** in der Bohmeyerstraße 2, Charlottenburg, gerufen. R. sollte neben seiner schlafenden 33jährigen Frau Marie Selbstmord verübt haben.

Als die Beamten in der Wohnung eintrafen, fanden sie Naglaff bereits tot vor. Einige Anhaltspunkte deuteten darauf hin, daß R. erschossen worden war und nicht freiwillig Hand an sich gelegt hatte. Frau R., die an Ort und Stelle in ein Verhör genommen wurde, vermittelte sich in Widerspruch und bekam Weintränke. Nach den Aussagen des Dienstmädchens ertönte morgens im Schlafzimmer der Eheleute plötzlich ein Schuß. Laut jammernd kam Frau R. ganz verwirrt aus dem Zimmer und rief, daß ein Unglück passiert sei. Als das Mädchen das Zimmer betrat, sah sie Naglaff mit einer Schussverletzung leblos im Bett liegen. Sie lief sofort zur Polizei, wo sie die Beamten von dem Vorfall in Kenntnis setzte. Der Verdacht, daß Frau R. ihren Mann, den sie wiederholt der Untreue bezichtigt hatte, erschossen hatte, erwies sich als irrig. Vielmehr wird der Fall folgendermaßen dargestellt: Frau R. nahm heute morgen aus dem Nachtschrank die Wehrlade des ihres Mannes heraus, um sich selbst zu erschießen. R. erwachte plötzlich und suchte seiner Frau die Waffe zu entreißen. Bei dem entstehenden Ringen kam er dem Abzug zu nahe und ein Schuß ging los. Schwer getroffen sank der Mann zurück. Frau R. wurde in Haft genommen, bis der Vorfall in allen Einzelheiten geklärt sein wird. Das Ehepaar hat noch zwei schulpflichtige Kinder.

## Raubüberfall.

### Ein junges Mädchen niedergeschlagen und beraubt.

In der Schloßgärtnerei **Riederschnhausen** wurde gestern ein Überfall auf eine 23-Jährige alte Stenotypistin **Frieda B.**, die bei ihren Eltern auf dem Gelände der Schloßgärtnerei wohnt, verübt. Das junge Mädchen befand sich auf dem Heimwege und hatte die Wohnung schon beinahe erreicht, als ein Wegelagerer plötzlich auf sie zusprang, ihr den Hut über das Gesicht zog, so daß sie nicht um Hilfe rufen konnte, und ihr mit einem Mauerstein so wuchtige Schläge über den Kopf versetzte, daß sie benommenlos zusammenbrach. Während das Mädchen dolan, raubte er ihr die Aktentasche, die eine Handtasche mit 108 Mark enthielt. Nach etwa 20 Minuten wurden Leute, die vorübergingen, durch ein Schreien aufmerksam und fanden das Mädchen, brachten es nach der Wohnung, und ein Arzt stellte starke Schwellungen an der Stirn und auf dem Kopfe fest. Zum Glück hatten der Hut und der starke Haarwuchs die Schläge noch so weit abgeschwächt, daß die Verletzungen nicht lebensgefährlich sind. Schutzpolizei und Kriminalbeamte des 235. Reviers nahmen sofort die Ermittlungen auf und leiteten auch einen Spürhund an, der die Aktentasche mit der geleerten Handtasche in einem Gebüsch fand, von dem Räuber aber keine Spur finden und aufnehmen konnte. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar **Berneburg** im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums.

Die **Friedrich-Ebert-Gedenkfeier**, die die 74. Abteilung unserer Partei gestern in Zehlendorf vor überfülltem Saal veranstaltete, war von einer feierlichen und ergreifenden Eindringlichkeit getragen. Mit großem Verständnis zeichnete der Vortragende, **Genosse Wilhelm Richter**, Siederschnhausen, und überzeugend das Bild des Verstorbenen und verfolgte das Werden vom schlichten Arbeitersekretär und Parteimann zum vollen und weltanschaulichen Staatsmann. Er wies auf die tiefe Tragik hin, die darin lag, daß die staatspolitische Bedeutung dieses Mannes weit eher vom Ausland als von seinem eigenen Land und seinen eigenen Volksgenossen erkannt und anerkannt wurde. Die unerhörte niedrige und gemeine Hege, die besonders die sogenannte nationale Presse gegen Ebert getrieben, hat ihn früh ins Grab gebracht. Unser ganzes Volk, unsere Partei, aber auch die Frauen und die Jugend haben ihm viel zu danken. — **Theo Waret** las mit bewundernswürdiger Stimme Reden, die **Friedrich Ebert** gehalten. Den gültigen Menschen, den nachdenklichen Philosophen zeigt nichts so sehr wie die Rede, die er aus Anlaß der Hochzeit seiner Tochter gehalten. Um dieser Rede allein willen könnte

man ihn lieben. — Der Zehlendorfer Volkschor „Echo“ umrahmte die schöne Feier, an der sich auch Zehlendorfer und Teltower Reichsbanner mit ihren Fahnen beteiligten, mit prächtig gelungenen Liedern.

Eine öffentliche Mieterversammlung findet heute, Dienstag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Passagier-Festhallen, Neudamm, Bergstr. 151, statt. Tagesordnung: Vortrag über „Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft“. Der Abbau der Zwangswirtschaft. Referent: **H. Silbermann**, M. d. R.

Im Bericht über die Generalversammlung der SAJ. sind einige Druckfehler enthalten. Die Namen der Ausgeschlossenen sind: **Kriemhild, Hahn, Cohn, Korbelt** und **Ohlen**. Diese sind vierundzwanzig Delegierte verlassen den Saal.

Ueber **Deutscher und Berufsvereine** wird heute, dem 1. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula der 281. 289. Schule in der Senefelderstraße 6 ein Vortrag des Berufsvereins Sachleben vom Bezirksamt Witzke gehalten. Eltern, deren Kinder die oberen Klassen der Schulen in der Senefelder, Tänzler, Dunitzer- und Pappelallee besuchen, sind besonders willkommen.

## Surchtbares Bergunglück in England.

### 135 Bergleute verschüttet, nur 60 gerettet.

London, 1. März. (W.T.B.) Heute vormittag wurden durch eine Explosion in einem Steinkohlenbergwerk in **Cherry Vale** 135 Bergarbeiter verschüttet. Etwa 60 von ihnen gelang es, sich an die Oberfläche emporzuarbeiten. Mehrere Arbeiter mühen ins Krankenhaus übergeführt werden. Die Rettungsarbeiten waren bisher erfolglos. Das Schicksal der noch verschütteten Bergleute ist ungewiß.

Explosion eines Filmhauses. In einem Hause in Amsterdam, in dem sich eine Filmverleihanstalt befindet, brach am Sonntag abend aus bisher noch unbekannter Ursache Feuer aus. Dabei gerieten die Filmvorräte in Brand und verursachten eine verheerende Explosion, daß das ganze Haus zerstört wurde. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

## Sport.

### Kley Sieger im Ringerturnier.

Gestern abend fand der an schönen Kämpfen reiche Wettkampf im **Apollo-Theater** sein Ende. Wohl der beste, der seit Jahren in Berlin zum Austrag gelangte. Aber besiegte Kenter durch doppelten Armzug schon nach 12 Minuten. Equatore mußte von **Bošak** seine dritte Niederlage hinnehmen, nach 20 Minuten kam er durch Untergriff von hinten auf beide Schultern. Um den ersten und zweiten Platz rangen die beiden Unbesiegten, **Kley** und **Berlin** und der Rumäne **Angulescu**. Ein schöner technischer sowie auch hartnäckiger Kampf, der das Publikum bis zum Ende in Spannung hielt. Doch der Berliner bekam bald die Führung des Kampfes in die Hände. Nach 20 Minuten setzte Kley blühend einen verkehrten Hüßschwung an und warf den überrollten Rumänen für die Zeit auf beide Schultern. Das Gesamtergebnis ist folgendes: **1. Kley** - Berlin mit 7 Siegen und keine Niederlage. Den zweiten Platz belegte der Rumäne **Angulescu** mit 6 Siegen und einer Niederlage. Dritter wurde **Bošak** mit 6 Siegen und ebenfalls einer Niederlage. Equatore begnügte sich mit dem vierten Platz, 4 Siege und drei Niederlagen. Ein schönes Blumenarrangement betonte den Sieger. Erwähnt sei noch die gute Tätigkeit des Kampfrichters **Redding**.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Die neuesten Frühjahrsmodelle bringt das allseitig bekannte **Großdetail-Geschäft Schindt**, Berlin C. 2, und **Kottbuser** Tamm 13 (auch in beiden Straßen), wie in den allerneuesten Tagesmodellen zu billigen Preisen. Die Frühjahrsmodelle orientiert sich in **Paris, London, Venedig, Wien, Ost und West** mit dem besten Geschmack. Die Firma führt alle diese Artikel in großer Auswahl in einem großen Auswahl für Damen und Herren aus weiblichen Stoffen.

Zur bevorstehenden Einsendung empfiehlt die **Firma S. Julew**, Herren- und Knabenmoden-Geschäft in **Schöneberg**, Hauptstraße 1, die besten Qualitäten, die in **Paris, London, Ost und West** in den besten Qualitäten zu billigen Preisen. Mehrere ist aus dem Interes der heutige Nummer ersichtlich.

## Unternehmersolidarität.

Ein Beispiel für die Berliner Metallarbeiter.

Die Berliner Metallarbeiter stehen jetzt vor der Erneuerung des Manteltarifs. Sie werden dabei einen harten Strauß mit dem Verband Berliner Metallindustrieller auszufechten haben. Von ihrem solidarischen Zusammenschluß wird es abhängen, ob sie den Achtstundentag wieder zurückholen werden können. Wie die Unternehmer untereinander trotz aller Konkurrenz, die sie sich geschäftlich sonst machen, Solidarität üben, dafür einen neuen Beweis: In einem Rundschreiben des BVM, an seine Mitglieder, das auf den Konflikt in Leipzig Bezug nimmt, heißt es:

„Mit Rundschreiben vom 5. Februar 1927 Nr. 013/27 gaben wir unseren Mitgliedsfirmen Nachricht von einem beim Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig ausgesprochenen Teilstreit und baten, dafür Sorge zu tragen, daß bis auf weiteres Arbeiter, die aus dem Leipziger Bezirk kommen, nicht eingestellt werden. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat, und zwar mit Schreiben vom 9. Februar d. J., erneut die Bitte ausgesprochen, von Leipzig kommende Arbeiter auf keinen Fall einzustellen. Er erludt ferner,

1. dafür zu sorgen, daß Mitgliedsfirmen metallindustrieller Verbände, die Bestellungen bei den betreffenden Leipziger Firmen ausgegeben haben, nicht auf Einhaltung der Lieferfrist drängen;

2. dafür zu sorgen, daß Aufträge, die normalerweise an die Leipziger Metallindustrie zur Vergabung gekommen wären, nicht anderweitig vergeben werden, bzw. daß Firmen derartige Aufträge nicht annehmen.“

In demselben Rundschreiben wird mitgeteilt, daß vier Arbeiter von C. N. Vogel, Kabetwert A. G., wegen Lohnhöherenzen die Arbeit niedergelegt haben und entlassen wurden. Was ein derartige Kennzeichnung bedeutet, ist ohne weiteres klar.

Diese Unternehmersolidarität sollte auch den Arbeitern als Beispiel dienen. Auch die Arbeiterschaft der Berliner Metallindustrie wird gut tun, sich auf ihre Klassenlage zu besinnen und sich vor Augen zu halten, daß eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur durch enge Solidarität, deren erste Voraussetzung die gewerkschaftliche Organisierung ist, durchgeführt werden kann.

Weber mit Gleichgültigkeit noch mit Raubzügen, weder mit radikalen Redensarten noch mit persönlicher Herunterrechnung der vorantretenden Gewerkschaftsvertreter imponiert man den Unternehmern. Die Leipziger Metallarbeiter hätten niemals den Achtstundentag gegenüber diesem solidarischen Zusammenschluß der gesamten Unternehmer zurückholen können (und wenn die „Rote Fahne“ den Arbeitern auch ihren Erfolg vereiteln will, an der Tatsache der Rückeroberung des Achtstundentages in Leipzig ist nicht zu rütteln), wenn ihre gewerkschaftliche Organisierung nicht so ausgezeichnet wäre und sie in die Lage versetzt hätte, den Kampf aufzunehmen und mit Erfolg durchzuführen.

Das Rundschreiben des BVM, beweist aber auch, daß es den Draufbergern gar nichts nützt, wenn sie befehle stehen. Gerade so wie die sächsischen Metallindustriellen den Ausperrungsbeschluss gegen sämtliche Metallarbeiter erlassen haben, gleichgültig, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht, ob sie gut „national“ und unternehmertrau sind oder in der Massenfront der Arbeiterschaft stehen, genau so wird die Entscheidung in dem bevorstehenden Kampfe für sämtliche Berliner Metallarbeiter und -arbeiterinnen fallen. Der BVM wird auch den Unorganisierten nicht mehr entgegenkommen als den Organisierten, im Gegen-

teil. Gegenüber der enggeschlossenen Front der Unternehmer kann es heute nur eine Lösung geben: Hinein in den Deutschen Metallarbeiterverband!

## Gewerkschaften und Arbeitszeitgesetz.

Konferenz im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Heute vormittag um 11 Uhr hat im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eine Konferenz unter Vorsitz von Leipart begonnen, die für die Stellungnahme der Gewerkschaften zu dem Arbeitszeitgesetz von großer Bedeutung ist. Wie bekannt, sind gegen das Gesetz Proteste aus allen Schichten der Arbeitnehmer, der Arbeiter, Angestellten und auch der Beamten laut geworden, so daß sich die einzelnen Arbeitnehmerorganisationen sofort an ihre Spitzenverbände wandten, mit dem Ersuchen, gegen die Verordnung scharf Front zu machen. In den letzten Tagen haben in den einzelnen Organisationen bereits Vorverhandlungen stattgefunden, die fast übereinstimmend verlangen, daß gegen die Bestimmungen des Gesetzes durch die Parteien im Parlament Protest erhoben werde, und daß eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus grundsätzlich abgelehnt werden sollte. Nur in ganz wenigen Industrien, z. B. in der Nahrungsmittelindustrie, sollten Konzessionen (?) gemacht werden.

In der heutigen Besprechung beim ADGB, an der die freien, die christlichen und die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften, der AFB-Bund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund beteiligt sind, soll zunächst versucht werden, eine Einheitsfront zu schaffen. Man wird versuchen, die Forderungen, die selbstverständlich je nach der Einstellung der Gewerkschaftsrichtungen in einzelnen Punkten voneinander abweichen, auf eine gemeinsame Grundlage zu bringen. Sollte das möglich sein, will man schon in den nächsten Tagen den Minister um eine Aussprache ersuchen, in der ihm das gesamte Material zur Kenntnis überreicht werden soll. Ob sich allerdings die Arbeitsgemeinschaft aller gewerkschaftlichen Richtungen herstellen lassen, ist im Augenblick noch fraglich.

Anmerkung der Redaktion. Nach unserer Kenntnis handelt es sich in Wirklichkeit nur um eine Besprechung über die gemeinsame Formulierung der Einwände gegen den Regierungsentwurf.

## Die empfindsamen Kommunisten.

In der Fortsetzung der Generalversammlung der Schuhmacher am Montagabend hielt die kommunistische Reichstagsabgeordnete Ue n d s e einen Vortrag über das Arbeitszeitgesetz, in dem es an Seitenhieben auf die SPD, natürlich nicht fehlte.

Vor der Wahl der unbesoldeten Ortsverwaltungsmitglieder, die entsprechend den kommunistischen Vorschlägen erfolgte, ging der erste Bevollmächtigte H ö r h noch einmal auf die Kritik des „Vorwärts“ an dem letzten Generalversammlungsbericht ein und sprach dem „Vorwärts“ das Recht der Kritik an der Mitgliederbewegung ab. Er betonte, daß eine derartige Kritik nicht gewerkschaftsfördernd sei, und daß er den Mitgliederzuzug nicht bedauere, da die ausgeschiedenen Mitglieder nur Papierkolben und von der Rotwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses noch nicht überzeugt gewesen seien.

Mit dem Interesse der Mitglieder des Schuhmacherverbandes an ihrer Organisation scheint es allerdings ein eigenes Bewandnis zu haben. Die Generalversammlungen zeigen nie einen starken Besuch, ganz gleich, welche Fragen auf der Tagesordnung stehen. Auch in der letzten Versammlung waren nur etwa 5 Proz. der Mitglieder anwesend.

Nachschrift der Redaktion. Die Kommunisten, die sonst kübelweise ihre grobschlächtigen Schimpfereien über den angeblich reformistischen Gewerkschaften ausgießen, sind sehr empfindlich, wenn man ihnen einmal einige sachliche Einwendungen macht. Wir hätten auch zum letzten Generalversammlungsbericht der Schuhmacher geschwiegen, wenn H ö r h, und besonders Müller, nicht den Bericht gemacht hätten, durch Angriffe auf die „Reformisten“ die Aufmerksamkeit von ihrer eigenen Verantwortung abzulenkten. Im übrigen wünschen wir der kommunistischen Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher, von der „Roten Fahne“ immer so unterstützt zu werden, wie der „Vorwärts“ diese Ortsverwaltung unterstützt.

## Die „Rote Fahne“ gegen die Bolschewiki.

Freige Deferteure.

Die Führer der russischen Bolschewiki haben sich jahrzehntelang im Auslande aufgehalten und von dort versucht, den Kampf gegen den Faschismus zu führen, den sie in Rußland selbst führen konnten. Diesen Kampf als „Desertion ins Ausland“ zu brandmarken, ist ausgerechnet der „Roten Fahne“ vorbehalten geblieben.

In einer Besprechung des Beschlusses der beiden Internationalen werden nicht nur die in Italien verbliebenen Gewerkschaftsführer wegen ihres Versuchs, den Kampf fortzusetzen, aufs schwerste heruntergerissen, auch die Gewerkschaftsführer, die ins Ausland gingen, um von dort den Kampf aufzunehmen — unter diesen Gewerkschaftlern befinden sich nicht wenige Kommunisten —, werden der „freigen Desertion“ angeklagt. Also danach war Lenin ein feiger Deferteur!

## Der Großkampf der schlesischen Weber.

63 000 Textilarbeiter im Kampf.

Breslau, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) 35 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen stehen in Schlesien schon im Kampf; am 5. März 1927 werden es 63 000 sein. Donnerstag haben in Breslau Verhandlungen vor dem Schlichter statt. Diese sind eine Fortsetzung der Verhandlungen vor den Schlichterkammern vom 23. Februar 1927.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenthal; Gewerkschaftsberatung: Dr. Eckart; Familien: Dr. John Schilowski; Kollasch; und Co.; Freie Presse: Freie Presse; Anzeigen: H. Jode; Familien in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Ballschleuder-Lichtspiele, Badstr. 16  
Ab Dienstag, den 1. März:  
**Die moderne Frau**  
Das große Beiprogramm — Die  
erstklassige Bühnenschau.

Hambolat-Theater, Badstraße 19  
Des großen Erfolges wegen verlängert  
**Blutsbrüderschaft**  
12 spannende Akte  
Das erstklassige Beiprogramm.  
Die große Bühnenschau.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64  
Vom 1. bis 3. März  
**Die Warenhausprinzessin**  
dazu: Blitz, der vierbeinige  
Ketter. — Bühnenschau.

## Bekanntmachung!

Wer in meinem Hause auf Grund dieses Inserats



### Herrenstoffe oder Damenkleiderstoffe

in Wolle, Samt und Seide  
auch alle Leinen- und  
Baumwollwaren  
einkauft, erhält bei Abgabe des Inserats

**10% Rabatt**  
in bar an der Kasse vergütet

## Hans Prange

nur Berlin SO 36, Wiener Straße 15 (am Görlitzer Bahnhof)

Hochbahnstation: Görlitzer Bf. Straßenbahnlinien: 2, 4, 9, 44, 49, 92, 93, 95, 63, 89, 154

# Konfirmation

**Anzüge 24.-**  
aus blauen Melton-  
stoffen, 1- u 2-reih.  
39.- 34.- 28.-

**Anzüge 34.-**  
aus rot. Marengo-  
Melton - Chavil.  
45.- 39.-

**Anzüge 42.-**  
blau, kam. - Qua-  
litäten, mod. Form.  
69.- 62.- 54.- 48.-

**Prüfungs-  
Anzüge 19.75**  
mod. Stoffe u. Farben  
43.- 39.- 32.- 26.-

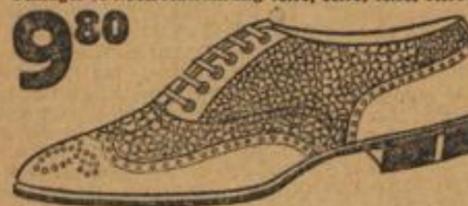
**Smoking- und Abend-Anzüge**  
in großer Auswahl zu billigen Preisen!

# S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstraße

### Herren-Halbschuhe

braun und Lack mit und ohne Einsatz, neueste  
Schlager (e noch Ausführung 18.90, 16.90, 13.90, 11.90)



**9.80**  
Herrenstiefel echt Boxrind  
moderne Form 7.90, do. Halbschuhe  
braun 8.90, schwarz 6.90

**9.80**  
Herren-Halbschuhe  
Lack und braun mit Einsatz, mod. Form

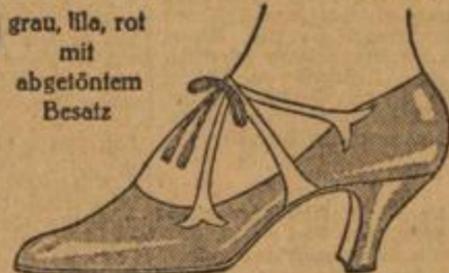
**12.50**  
Orig. Goodyear Welt  
Herren - Halbschuhe, echt Boxrind,  
teils braun.

**75**  
Einsegnungstiefel  
Damen-  
Kausschuhe  
Leder 2.85 Stoll Pt.

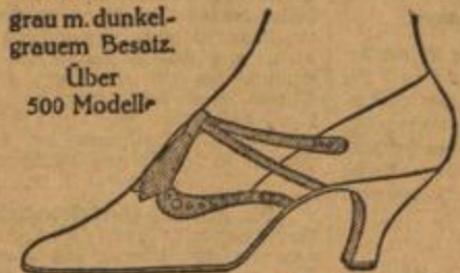
## Die neuen Frühjahrs-Modelle

bei uns billig

grau, lila, rot  
mit  
abgetöntem  
Besatz



grau m. dunkel-  
grauem Besatz.  
Über  
500 Modelle



Wir bringen stets die allerneuesten Modeschlager von den soliden Stroßenschuhen bis zu den allerelegantesten Luxusfabrikaten zu billigen Preisen. Die Mode 1927 verlangt silbergrau, beige, champagne, lichtgrün und blau, einfarbig und mit Phantasie-Lederverzierungen. Wir bringen die Artikel je nach Ausführung mit 7.90 11.90 12.50 13.90 15.90 etc. Unsere 11 Schaufenster sind wieder ein Spiegelbild der Mode

### Mod. Damen-Spangenschuhe

grau, braun und Lack  
**6.90 7.90**

in schwarz  
Chromleder  
**5.90**



moderne Damen-  
Zug- und Spangenschuhe **5.90**  
echt Lackleder 7.90, schwarz Chromleder

**9.90**  
Mod. Damen-Luxusschuhe  
7.90 11.90 13.90 16.90

Im. Wildleder-Damen-Schuhe **1.95**  
Allenhaut, kl. Größen, gute Ledersohlen

**Münzstr. 25**  
(Alexanderplatz) und

**Kottbuser  
Damm 13**

# Schuh-Lokal

Groß-  
Detail

Behrnt

NUR